Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire

Herausgeber: [s.n.]

Band: 24 (2017)

Heft: 1: Verfassung, Bürgerschaft und Schule = Constitution, citoyenneté et école

Artikel: "Hun ons Kanner d'Flemm mat der Schoul duerch d'Sproochen?" : Verhandlungen über die Beziehung zwischen Staatsbürgerschaft, Sprache und Bildung (Luxemburg, 1980-1984)

Autor: Gardin, Matias

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-685861

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Hun ons Kanner d'Flemm mat der Schoul duerch d'Sproochen?»

Verhandlungen über die Beziehung zwischen Staatsbürgerschaft, Sprache und Bildung (Luxemburg, 1980–1984)

Matias Gardin

Viele Staaten haben ihre nationale Einheit auf eine gemeinsame Sprache zurückgeführt, die so zum wesentlichen Merkmal der nationalen Identität und Staatsbürgerschaft geworden ist.[1] Dieses Legitimationsmuster kann auch, wenn vielleicht mit Abstrichen, für multilinguale Staaten gelten, die allerdings – wie im Fall Luxemburgs – ihr nationales Merkmal in der Mehrsprachigkeit finden wollen. Während sich das Land für über 150 Jahre als zweisprachig (Deutsch und Französisch) definierte, erweiterte es 1984 sein offizielles Sprachrepertoire, indem das bis anhin als deutscher (präziser: moselfränkischer) Dialekt geltende Luxemburgisch zur eigenen Sprache erhoben wurde. Das am 24. Februar 1984 verabschiedete neue Sprachgesetz – *Loi sur le régime des langues*[2] – bestimmte Luxemburgische gleich zur einzigen *National*sprache, das heisst als Sprache des Alltags und so des nationalen Zusammenlebens. Dementsprechend fand Luxemburgisch den Weg ins Curriculum der Vorschule, während Französisch die offizielle Verwaltungssprache blieb und im schulischen Unterricht das Fach ist, durch welches soziale Stratifikation – durch den Übergang von der Elementarschule in die gegliederte Sekundarschule – ermöglicht wird. Französisch ist die Unterrichtssprache des prestigeträchtigen *lycee classique,* das überproportional von Angehörigen der Luxemburger Mittel- und Oberschicht besucht wird, während Deutsch die Alphabetisierungssprache und die Unterrichtssprache des *lycee téchnique* bleibt, das von SchülerInnen aus der Mittel- und Unterschicht und damit auch überproportional von MigrantInnen besucht wird.

Diese eigen- und einzigartige sprachliche Reglementierung ist zum Teil auf die territoriale Sprachverteilung vor der Unabhängigkeit des Grossherzogtums im Jahr 1839 zurückzuführen. Die zweisprachige Tradition (Deutsch, Französisch) war nicht nur in der Verfassungsrevision von 1848 verankert (die erste Verfassung datierte auf das Jahr der Unabhängigkeit), sondern sie wurde auch gezielt in den Lehrplan aufgenommen. 1843 wurde Deutsch und Französisch als Unterrichtssprachen der Vorrang eingeräumt. Während die Nachbarländer Frankreich und

Deutschland ihre sprachliche und ethnische Vielfalt zu Beginn des 20. Jahrhunderts gezielt zu reduzieren versuchten,[3] schlug Luxemburg einen anderen Weg ein. Im Gegensatz zu den mächtigen Nachbarn betonte das Grossherzogtum Pluralität als zentrales Element seiner nationalen Einheit, indem es eine «Mischkultur» und die Mehrsprachigkeit zum Schlüsselelement seiner nationalen Identität machte. So wurde auch die Unterrichtssprachenpolitik seit der Unabhängigkeit des Landes regelmässig neu bewertet und verhandelt[4] und ist selbst heute noch längst nicht unumstritten.[5] Die Sprache Luxemburgisch trat erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Schriftsprache in Erscheinung, und gegenwärtig (2016) gibt es eine Initiative, die verlangt, dass Luxemburgisch nicht nur als Nationalsprache zu definieren sei, sondern explizit als «1. Amtssprooch».[6] Es dauerte allerdings bis zum demografischen Wandel in den frühen 1980er-Jahren, bis sich eine rechtsgültige dreisprachige Sprachregelung herausbilden konnte. Der Staat nahm eine proaktive Haltung zu dem Problem ein, weil gerade im Zug der massiven Internationalisierung der Luxemburger Wirtschaft Stimmen laut geworden waren, die zunehmende «ausländische Einflüsse» im Land beklagten.[7]

Vielleicht war diese Kritik in keinem anderen gesellschaftlichen Bereich so ausgeprägt wie in dem der Bildung. 1981 stellte Jean-Pierre Kraemer, Generalsekretär der Christlich Sozialen Volkspartei (CSV) von 1977 bis 1984, die folgenden Überlegung an: «Wie kann man die Chancengleichheit der Ausländerkinder verbessern, ohne diejenigen der Luxemburger zu gefährden, oder umgekehrt?»[8] Während die 1970er-Jahre eine Phase der pädagogischen Experimente waren,[9] können die 1980er-Jahre als eine Ära beschrieben werden, in der viele Reformen rückgängig gemacht wurden.[10]

Hinsichtlich Staatsbürgerschaft und Bildung ist sie durch zwei parallele Entwicklungen geprägt. Zunächst erhielt, nach einem drastischen Anstieg der Migration, die Kontroverse über die Inklusion von Migrationskindern auf Kosten der vorherigen Reformpläne neuen Schwung,[11] und klassenpolitische Debatten wurden durch eine wachsende Skepsis gegenüber der Migration in den Hintergrund gedrängt. Gleichzeitig wurde am oben genannten neuen Sprachgesetz von 1984 gearbeitet, was am Bildungssystem jedoch zumindest in der Theorie zunächst grösstenteils spurlos vorüberging.[12]

Damit stellen sich die folgenden beiden Forschungsfragen: Wie kam zwischen 1980 und 1984 die Verbindung zwischen der Unterrichtssprachenpolitik und der gesellschaftlichen Schichtung zustande? Auf welche Weise trug das Bildungssystem den sich ändernden Bedürfnissen der Gesellschaft in dieser Zeit Rechnung? Die Beantwortung dieser Fragen beginnt mit der Hinterfragung des Konzepts einer kohärenten und beständigen Vorstellung von Souveränität in den Nachkriegsjahren, wodurch entsprechende Überlegungen zum Thema mit besonderem Bezug auf Luxemburg als mehrsprachigen Nationalstaat präsentiert werden können.

Der Beitrag besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil («Luxemburg in den 1980er Jahren») werden diese Debatten kurz in einen Kontext gesetzt. Im zweiten Teil («Zwischen Staatsbürgerschaft, Sprache und Bildung») wird die Argumentation fortgesetzt, indem eine umfassende Bilanz der Beziehung zwischen Sprachpolitik und den Herausforderungen der Migration gezogen wird. In der Schlussfolgerung wird das Versagen des luxemburgischen Bildungssystems im Umgang mit den tatsächlichen Gegebenheiten der Gesellschaft behandelt.
Die in diesem Beitrag analysierten Primärdaten bestehen aus Presseartikeln, die zwischen 1980 und 1984 in den beiden wichtigen luxemburgischen Zeitungen, dem *Luxemburger Wort* und dem *Tageblatt,* veröffentlicht wurden. Diese Quellen bieten originäre und willkommene Einblicke in den vernachlässigten Bereich der Forschung über Staatsbürgerschaft und Bildung in Luxemburg in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre. Es wurden Hunderte von Zeitungsartikeln über Bildung aus dem Zeitraum 1980–1984 gesammelt, von denen 18 (aus jeder Zeitung) für eine ausführlichere Analyse ausgewählt wurden.

Luxemburg in den 1980er-Jahren

In den frühen 1980er-Jahren waren in Luxemburg der Umbau zur Dienstleistungsgesellschaft und die Diversifizierung der Wirtschaft in vollem Gang, das zum weiteren Ausbau und zur Konsolidierung des Nischenbanken- und Dienstleistungssektors zusammen mit den Institutionen der Europäischen Union führte.[13] Die Zahl der Bankinstitute stieg von 37 im Jahr 1970 auf 118 im Jahr 1985,[14] und von 1980 bis 1988 stieg die Zahl der Investmentfonds von 76 auf 473.[15] Dies alles trug zu einem drastischen Anstieg der Zahl der Migranten bei. Bauunternehmen rekrutierten in Südeuropa Arbeitskräfte. Dabei gingen sie häufig fälschlicherweise davon aus, dass die sogenannten Saisonarbeiter verlässlich in ihre Heimatländer zurückkehren würden.
Ganz allgemein ging es darum, eine Strategie für die infolge der Wirtschaftskrisen der frühen 1970er-Jahre notwendig gewordene Deindustrialisierung zu entwickeln und einen transnationalen Arbeitsmarkt zu schaffen. Aus politischer Sicht hatte die CSV 1979 unter Pierre Werner nach fünf Jahren in der Opposition wieder die Regierungsgeschäfte übernommen und war eine Koalition mit der Demokratischen Partei (DP) eingegangen, während die Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP) an der Macht abgelöst wurde.
Die Erhebung des Luxemburgischen zu *der* Nationalsprache des Grossherzogtums im Jahr 1984 war Bestandteil einer breiteren Bewegung in Europa seit den 1960er-Jahren, die sich für die Anerkennung von Sprachen von «Minderheiten» einsetzte.[16] In Luxemburg gewann das Sprachproblem jedoch erst vor dem

Hintergrund der oben genannten Entwicklungen – Europäisierung und Globalisierung Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre – an neuer Bedeutung. Weitestgehend herrschte die Befürchtung, dass die nationale Identität mit einem einheitlichen europäischen Markt verloren gehen könnte. Daher verwundert es wenig, dass diese nationale Entwicklung in einer Zeit der Massenmigration einsetzte, die ihrerseits bewusst aus nationalstaatlichem Interesse gefördert worden war, um Luxemburgs Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen. Die Gesamtzahl der ausländischen Schüler in luxemburgischen Schulen stieg von 10'329 im Jahr 1970 auf 17'316 im Jahr 1980 an.[17] Besonders signifikant war die Zunahme der Zahl der portugiesischen SchülerInnen in diesem Zeitraum: sie verzehnfachte sich in der genannten Dekade von 760 auf 7'395.[18]

Analysen der Medien aus der ersten Hälfte der 1980er-Jahre zeigen das Bestehen zweier grosser Lager, in die sich Luxemburg hinsichtlich der Unterrichtssprachenpolitik in Bezug auf den Umgang mit MigrantenschülerInnen teilte. Zunächst gab es dasjenige Lager, das insofern eine flexible Handhabung dieser Frage vertrat, als es sich dafür einsetzte, die Alphabetisierung der Primarschulkinder in französischer und nicht nur in deutscher Sprache anzubieten, weil man davon ausging, dass es für Kinder aus romanischsprachigen Ländern einfacher sein müsse, basale Lese- und Schreibfähigkeiten in einer Sprache zu entwickeln, die mit derjenigen verwandt war, welche die Kinder zu Hause sprachen.[19] Dieses Lager wurde häufig von LSAP-Politikern unterstützt, die regelmässig entsprechende Anliegen im *Tageblatt* veröffentlichten. Demgegenüber gab es das Lager, das eine Beibehaltung des Status quo unterstützte und die Fortsetzung der Alphabetisierung ausschliesslich in deutscher Sprache mit einer stärkeren Betonung des Luxemburgischen als neue Sprache der Integration in der Vorschulbildung forderte.[20] Dieses Lager wurde häufig von CSV-Politikern unterstützt, die ihre Anliegen immer wieder im *Luxemburger Wort* kundtaten.

Im Jahre 1983 äusserte sich der von 1979 bis 1989 amtierende Bildungsminister Boden unmissverständlich als Vertreter der konservativen Sicht: «Hauptsächlich der Vorschulunterricht, und in ihm das Erlernen der luxemburgischen Sprache, soll den Kindern aller Nationalitäten das Zusammenleben ermöglichen. Die Einführung einer ‹voie francophone› kann also nicht das Allheilmittel sein, sondern darf nur in unumgänglicher Situation eingeführt werden.»[21] Ernest Hansen vertrat das andere Lager wie folgt: «Wenn also ausländische Spezialisten mit nur einer Sprache in Luxemburg arbeiten können, warum gelten dann nicht die gleichen Bedingungen für luxemburgische und ausländische Jugendliche, die bei uns zur Schule gehen?»[22]

Anders ausgedrückt ging Boden davon aus, dass alle SchülerInnen in der Primarschule gleiche Chancen hätten, wenn sie vorher Luxemburgisch gelernt hätten, weil Luxemburgisch und Deutsch enge grammatikalische und lexikalische Ver-

wandtschaft aufweisen,[23] während Hansen die Ansicht vertrat, dass das System in dem Sinn flexibler sein müsse, dass die unterschiedlichen sprachlichen Hintergründe der SchülerInnen, deren Muttersprache eben nicht Luxemburgisch war, zumindest in der Anfangsphase der Beschulung stärker berücksichtigt werden müssten. Andernfalls stehe Luxemburg vor dem Dilemma, in Zukunft über eine grosse Zahl nicht und gering gebildeter Arbeitskräfte zu verfügen.[24] In der Praxis hätte dies bedeutet, dass Alphabetisierungsprogramme in französischer Sprache für hauptsächlich italienische und portugiesische Kinder in der Primärbildung flexibel neben den Programmen in deutscher Sprache entwickelt worden wären.[25] Die Abgrenzung zwischen diesen beiden Lagern wurde zunehmend schwieriger, denn beide nutzten eine Rhetorik, die zwischen denjenigen, die als Luxemburger betrachtet wurden, und denjenigen, die keine Luxemburger waren, unterschied.[26] Dies wiederum führte dazu, die Luxemburgisch Sprechenden als nationale Einheit in Abgrenzung zu den nicht Luxemburgisch Sprechenden enger in eine «Kategorie» zusammenzufassen, ungeachtet der grossen Heterogenität innerhalb dieser Klassifikationen. Auf diese Weise wirkte sich die Unterrichtssprachenpolitik auf die soziale Schichtung aus, was nicht unbedingt im Einklang mit den tatsächlichen Bedingungen der Gesellschaft war.

Zwischen Staatsbürgerschaft, Sprache und Bildung

Im Bildungswesen wurde durchaus erkannt, dass sich der Sprachlehrplan in der Primarschule für SchülerInnen mit Migrationshintergrund als (zu) schwierig erwies.[27] Trotzdem wurde dessen Beibehaltung häufig mit Verweis auf die Vergangenheit Luxemburgs begründet, und die Zwei- beziehungsweise Mehrsprachigkeit als solche wurde als wichtige nationale Tradition und als grosser nationaler Wert betont: «Die Zweisprachigkeit des luxemburgischen Schulsystems sei das Resultat einer historischen Entwicklung. Dies sei ein Vorteil für die Kinder, aber auf der anderen Seite eine Last für die Ausländerkinder. Die Zweisprachigkeit stelle einen Teil unserer nationalen Identität dar und diese müsse erhalten bleiben.»[28]
Ausserdem wurde immer wieder betont, dass Änderungen des Lehrplans zu teuer seien und sowohl bei Eltern als auch bei Lehrern sofort auf Widerstand stossen würden.[29] Tatsächlich äusserten viele Lehrer im *Luxemburger Wort* ihre Unzufriedenheit mit der Situation der Unterrichtssprache Deutsch. Sie beschuldigten die PolitikerInnen, zu stark ideologisch motiviert zu sein, und beschwerten sich über die zunehmende Arbeitslast aufgrund des plötzlichen Zustroms von MigrantenschülerInnen in die luxemburgischen Schulen. In einem Brief an die Redaktion vom 4. Januar 1983, der mit «ein Lehrer» unterzeichnet ist, beschreibt der Autor

seine Erfahrungen so: «Und recht erbost können sie [die Lehrer] sein, wenn sie überlegen, dass ausgerechnet Lehrer der ‹inkriminierten› Schule seit langer Zeit unentgeltliche Mehrarbeit im Interesse der Ausländerschüler geleistet haben: Der Fächer reicht von der Übersetzung der Programme über die Erprobung angepasster Methoden bis zu mehrsprachigen Kursen, zusätzlichen Arbeitssitzungen und vielen anderen pädagogischen Leistungen [...].»[30]

Es gab aber auch andere Sichtweisen. So blieben die Autoren im linksgerichteten *Tageblatt* den SchülerInnen mit Migrationshintergrund gegenüber wohlwollender und argumentierten, dass sich diese Kinder oft «in einer Turm-von-Babel-Sprach-Chaotik»[31] befänden, die nicht zu bewältigen sei: «Mit seinen Eltern spricht es Portugiesisch, mit der Aussenwelt, soweit die Eltern noch miteinbezogen sind, wird Französisch geradebrecht, mit den Spielkameraden kauderwelscht es auf grob Luxemburgisch und im 1. Schuljahr beginnt es dann auf Deutsch lesen und schreiben zu lernen.»[32] Wie bereits angedeutet, wurde in diesem Zusammenhang jedoch in Bezug auf die zusätzlichen sprachlichen Herausforderungen für MigrantInnen oft zwischen luxemburgischen und nichtluxemburgischen SchülerInnen unterschieden: «Hat bis dahin ein luxemburgisches Kind es nur mit zwei verwandten Sprachen zu tun: Luxemburgisch und Deutsch, so sind es deren gleich vier für den kleinen Portugiesen: Portugiesisch, Französisch, Luxemburgisch und Deutsch. Hier verschlägt es sogar dem begabtesten Schüler bildwörtlich die Sprache.»[33]

Dieses Lager arbeitete auch gegen die im katholisch-konservativen *Luxemburger Wort* geäusserten Argumente und erklärte, dass die aktuelle Politik zu kurzsichtig sei, und warnte, dass, wenn nichts unternommen werde, Luxemburg bald in eine Bildungskrise rutschen werde, die zu weitreichenden sozialen Problemen in Bezug auf die Zukunft dieser SchülerInnen und letztendlich zu deren Marginalisierung im sozialen und wirtschaftlichen Leben führen werde.[34] Lex Kaiser vertrat diese Ansicht zum Beispiel 1980 im *Tageblatt:* «Was kostet denn die Nicht-Qualifikation vieler Jugendlicher am Ende der ‹Schulzeit›? Die an diesem Mangel gebundene Arbeitslosigkeit? Das Sitzenbleiben? Die Privatstunden vieler Schüler?»[35]

Darüber hinaus hielten viele den Sprachlehrplan für zu anspruchsvoll für alle SchülerInnen, einschliesslich der luxemburgischen: «Aber die Zweisprachigkeit ist nicht nur ein Hindernis für Ausländerkinder. Ich frage mich immer mehr, ob sie nicht auch die luxemburgischen Kinder überfordert? Denn schon nach einem ersten Jahr Deutsch kommt sofort der Französischunterricht hinzu.»[36] Im Zug derselben Argumentation, insbesondere bezüglich des Mythos der zweisprachigen Nation, kamen auch Hansen Zweifel: «Eins könnte man jedoch feststellen. Ob die luxemburgische Bevölkerung in ihrer Allgemeinheit wirklich so durch und durch zweisprachig ist? Und in welchem Ausmass alle Luxemburger Deutsch und Französisch im Alltag, bei der Arbeit und in ihrer Freizeit benutzen.»[37]

Weiter wurde im *Tageblatt* erklärt, dass 45 Prozent der Unterrichtszeit den Sprachen gewidmet werde, das heisst Deutsch und Französisch, und dass deswegen wenig Zeit für andere wichtige Fächer bleibe.[38] Zudem liefere das System trotz der unverhältnismässig hohen Investitionen in den Sprachunterricht nicht die erwarteten Ergebnisse, und die gesamte Unterrichtssprachenpolitik wurde oft dafür kritisiert, dass sie unvernünftige sprachliche Anforderungen an die SchülerInnen stelle. Daher die ironische Frage: «Hun ons Kanner d'Flemm mat der Schoul duerch d'Sproochen?»[39]

Folglich standen diese Diskussionen auch in den frühen 1980er-Jahren unter dem grossen Druck der aus den vorherigen Jahrzehnten stammenden Sorge über den Verlust der Unterrichtsqualität für alle Schüler.[40] Die 1980er-Jahre unterschieden sich jedoch von den 1960er- und 70er-Jahren darin, dass in vielen dieser Debatten der Aspekt der sozialen Schichtung, die selbstverständlich auch Luxemburger StaatsbürgerInnen betraf, bis in die Mitte der 1980er-Jahre grösstenteils durch den Aspekt der Einwanderung ersetzt worden war, und zwar unabhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Zeitung: «Je grösser die Konzentration an Ausländerkindern, desto grösser ihre schulischen Probleme [...] und die der luxemburgischen Kinder. Eine Überzahl an Kindern mit spezifischen schulischen Problemen – hauptsächlich in Rechnen und Deutsch – bringt Nachteile mit sich für die ganze Klasse.»[41] Anders ausgedrückt: In beiden Zeitungen wurde, mit leicht unterschiedlichen Schwerpunkten beim Grad der Flexibilität, nun eine klare Unterscheidung zwischen den als Luxemburger Angesehenen («uns») und den nicht als Luxemburger Betrachteten («die anderen») gemacht.

Vor diesem Hintergrund konnte die neue Rolle, die der luxemburgischen Sprache zugewiesen wurde, diesen Unterschied nur verstärken. Paradoxerweise wurde Luxemburgisch als Sprache der Integration hervorgehoben. Sie war jedoch kein Bestandteil des obligatorischen Bildungssystems und ihr offizieller Gebrauch war weiterhin stigmatisiert.[42] Luxemburgisch wurde immer noch hauptsächlich gesprochen, da es die sprachliche Standardisierung noch nicht vollständig durchlaufen hatte.[43] Aufgrund des Fehlens von pädagogischen Hilfsmitteln blieb selbst der Staat zurückhaltend bei Kursangeboten für Luxemburgisch für Ausländer.[44] Daher blieb unklar, wie Schüler, deren Muttersprache nicht Luxemburgisch war, die erforderlichen sprachlichen Fähigkeiten entwickeln sollten.

Schliesslich wurden einige parallele Alphabetisierungskurse auf Französisch eingeführt, aber gegen Ende der 1980er-Jahre wieder ausgesetzt, aus Sorge um eine allfällige Ghettoisierung der migrantischen SchülerInnen. Tatsächlich haben einige mit der Materie vertraute Forscher darauf hingewiesen, dass diese Option zu dem Zeitpunkt zu voreilig gewählt und nicht durchdacht war.[45] Die obligatorischen und exklusiven deutschsprachigen Alphabetisierungskurse wurden weiterhin in

der Primärbildung für alle Schüler verwendet und boten wenig Flexibilität für die heterogenen Schülerschaften in Luxemburg. Das Sprachgesetz von 1984 half wiederum dabei, diese Praxis als nationale Eigenheit zu fixieren, was nicht die ändernden Bedürfnisse der Gesellschaft widerspiegelte. Deutsch wurde als natürliche Fortsetzung nach dem Luxemburgischen betrachtet, während Französisch später als Fremdsprache in der Primärbildung hinzukam. Diese Regelung wurde in den Medien als etwas dargestellt, was nicht zu hinterfragen sei.

Schlussfolgerung

Mit der Hinterfragung des Konzepts einer kohärenten und beständigen Souveränität und Nationalstaatenbildung während der ersten Hälfte der 1980er-Jahre werden in diesem Beitrag Überlegungen zum Thema Staatsbürgerschaft, Sprache und Bildung mit Bezug auf Luxemburg als mehrsprachiges Land rekonstruiert. Aus der Analyse von Medien – ob nun *Tageblatt* oder *Luxemburger Wort* – ergeben sich Hinweise auf das anhaltende Versagen des luxemburgischen Bildungssystems im Umgang mit den tatsächlichen Gegebenheiten der Gesellschaft. Nicht nur wurden die SprecherInnen des Luxemburgischen in beiden Zeitungen als homogene Gruppe dargestellt, vielmehr wurden umgekehrt alle MigrantInnen irgendwie in einer «Kategorie» als diejenigen zusammengefasst, welche die nationale Sprache nicht sprechen, wenngleich die Zeitungen unterschiedliche Meinungen zum Grad der Sprachbeherrschung vertraten. Luxemburgisch wurde zwar immer noch nicht offiziell in der Bildung verwendet, die rechtliche Verankerung als einzige Nationalsprache im Jahr 1984 wirkte sich jedoch indirekt auf den Lehrplan aus: sie half, den Gebrauch des Deutschen als einzig gültiger Sprache der Alphabetisierung in Grundschulen zu rechtfertigen – wegen der Verwandtschaft der beiden Sprachen –, woraus denjenigen SchülerInnen Vorteile erwuchsen, deren Muttersprache Luxemburgisch war.
Wenn man diese beiden Diskurse als Teil der breiteren Kulturgeschichte des Landes in der Nachkriegszeit verknüpft, ergibt sich, dass die Beziehung zwischen Staatsbürgerschaft, Sprache und Bildung am Punkt des Übergangs vom Luxemburgischen zum Deutschen in den ersten beiden Jahren der Pflichtschulbildung und über die Folgen dieser Tatsache für den Lehrplan und damit für die eingangs dieses Beitrags definierte Staatsbürgerschaft verhandelt wurde. Es ging um diejenigen, die als LuxemburgerInnen betrachtet wurden, das heisst um die, welche die «neue» luxemburgische Nationalsprache sprachen und schrieben, unabhängig von deren sozialer Herkunft, und um diejenigen, die als NichtluxemburgerInnen betrachtet wurden, das heisst um die, welche die Sprache nicht sprechen und schreiben konnten. Die wichtigste Feststellung ist, dass die

soziale Klasse und andere Aspekte der sozialen Schichtung, die mindestens bis in die Mitte der 1970er-Jahre eine grosse Rolle in Bildungsdebatten spielten, im Diskurs ersetzt wurden. Diese Veränderung zog weitreichende Folgen nach sich. Noch heute spielt sie eine wichtige Rolle im Ablauf der Debatten über Bildung, nicht zuletzt hinsichtlich der dominanten Vorstellungen der nationalen Verständigung und Einheit, Gesellschaft und Staatsbürgerschaft.
Luxemburgisch wird weiterhin als Sprache der Integration dargestellt. Dieses Argument ist kritisch zu betrachten, nicht zuletzt weil Französisch als Verkehrssprache im Grossherzogtum am häufigsten gesprochen wird, vor allem weil die gesprochenen Varianten des Französischen in der alltäglichen Kommunikation insbesondere von der Migrantenbevölkerung und von der steigenden Zahl der GrenzgängerInnen (die täglich hauptsächlich aus Belgien und Frankreich kommen) genutzt werden. Das Sprachproblem, mit dem das Thema Staatsbürgerschaft und Bildung verknüpft ist, bleibt also auch künftig ungelöst.
Zudem muss die Entwicklung des Luxemburgischen um 1984 vor dem Hintergrund der Globalisierung und Europäisierung betrachtet werden und damit unter Berücksichtigung des rasanten Anstiegs der Migrantenzahlen in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre, der sich auf das Schulsystem auswirkte. Dieses Thema hat bislang in den bildungspolitischen Debatten wenig akademische Aufmerksamkeit erhalten, weil regelmässig erklärt wird, dass Luxemburgisch nicht wirklich offizieller Bestandteil der Unterrichtssprachenpolitik sei. Die in diesem Essay vorgestellte Medienanalyse deutet jedoch darauf hin, dass dies in vielerlei Hinsicht eine oberflächliche Interpretation ist. Der Übergang vom Luxemburgischen zum Deutschen wurde zu dem Zeitpunkt nicht immer als natürliche Entwicklung für alle SchülerInnen betrachtet. Das Problem spaltete die Nation jedoch auch: in diejenigen, die mehr Flexibilität in der Bildungspolitik forderten, und diejenigen, die den Status quo erhalten wollten.

Anmerkungen

1 In Bezug auf das Bildungswesen soll die Erziehung zu «Staatsbürgerschaft» hier im weiteren Sinn als Objekt des gesamten Lehrplans betrachtet werden – nicht nur in Bezug auf einzelne Unterrichtsfächer, in denen Fragen der Staatsbürgerschaft behandelt werden. Dieser Fokus ist durch eine Herangehensweise an *curriculum studies* motiviert, bei welcher der konstruktive Charakter der Nationalstaatlichkeit hervorgehoben wird. Siehe hierzu: Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism,* London 1983. In diesem Sinn folgt der Essay der Argumentation, dass BürgerInnen die angestrebten Ergebnisse ihres Curriculums sind.

2 Chambre des Députés, Loi du 24 février 1984 sur le régime des langues, http://www.legilux.public.lu/leg/a/archives/1984/0016/1984A01961.html (22. 12. 2016).

3 Vgl. Eric Hobsbawm, *Nations and Nationalism since 1780. Programme, Myth, Reality,* Cambridge (UK) 1990, 101–130.

4 Jean-Jacques Weber, Kristine Horner, «The Trilingual Luxembourgish School System in Historical Perspective: Progress or Regress?», *Language, Culture and Curriculum* 25/1 (2012), 5 f.
5 Kristine Horner, «Language Regimes and Acts of Citizenship in Multilingual Luxembourg», *Journal of Language and Politics* 14/3 (2015), 364–368.
6 Chambre des Députés, Pétition publique n° 698 – Lëtzebuerger Sprooch als 1. Amtssprooch an Nationalsprooch gesetzlech fir all Awunner zu Lëtzebuerg festzeleeën, http://www.chd.lu/wps/portal/public/PetitionDetail?action=doPetitionDetail&id=771 (22. 12. 2016).
7 Pit Péporté et al. (Hg.), *Inventing Luxembourg. Representations of the Past, Space and Language from the Nineteenth to the Twenty-First Century,* Leiden 2010, 313 f.
8 Jean-Pierre Kraemer, «Babylon im Klassensaal», *Luxemburger Wort,* 8. 8. 1981, 17.
9 Matias Gardin, «Building Social Capital Through Civic Education in VET: A Comparative Study of Finland and Luxembourg (1960–1970)», *Nordic Journal of Educational History* 3/1 (2016), 67–82.
10 Matias Gardin, «Fortschritt und Verantwortung! Education as a Rallying Cry in Luxembourg's General Elections of 1974», *History of Education* 45/5 (2016), 640.
11 Jean-Paul Hoffmann, «Lëtzebuergesch and its Competitors: Language Contact in Luxembourg Today», in Gerald Newton (Hg.), *Luxembourg and Lëtzebuergesch: Language and Communication at the Crossroads of Europe,* Oxford 2010, 98–101.
12 Jean-Jacques Weber, *Multilingualism, Education and Change,* Frankfurt a. M. 2009, 37–52.
13 Guy Thewes, *Les gouvernements du Grand-Duché de Luxembourg depuis 1848,* Luxemburg 2011, 200.
14 Hoffmann (wie Anm. 11), 101.
15 Thewes (wie Anm. 13), 201.
16 Stephen May, *Language and Minority Rights. Ethnicity, Nationalism and the Politics of Language,* Harlow 2001, 173.
17 Hoffmann (wie Anm. 11), 101.
18 Ebd.
19 Guy Linster, «Falsche Prioritäten!», *Tageblatt,* 8. 9. 1981, 2; Armand Wagner, «Schritte ins Unbekannte oder die ersten Kontakte des Kindes mit der Schule», *Tageblatt,* 15. 9. 1982, 5; J. Dr., «Robert Krieps für Nationalisierung der Primärschulen», *Tageblatt,* 16. 7. 1983, 3.
20 «Comment améliorer la situation scolaire des enfants immigrés?», *Luxemburger Wort,* 27. 4. 1982, 3; L. S., «Les enfants étrangers dans l'école luxembourgeoise», *Luxemburger Wort,* 6. 7. 1982, 6; «Briefe an die Redaktion: De nouveau dans l'enseignement des enfants migrants», *Luxemburger Wort,* 4. 12. 1982, 13.
21 Fernand Boden, «Immigrantenkinder in der Schule», *Luxemburger Wort,* 22. 2. 1983, 18.
22 Ernest Hansen, «Die Zweisprachigkeit (2)», *Tageblatt,* 23. 3. 1983, 4. Vgl. Mars Di Bartolomeo, «Stopp der Austerität im Bildungswesen!», *Tageblatt,* 10. 3. 1981, 2.
23 Vgl. Services de Psychologie et d'Orientation Scolaire de Lycée Technique Mathias Adam, «Briefe an die Redaktion: Orientation des élèves francophones», *Luxemburger Wort,* 4. 7. 1981, 34; Fern, «Ein Seminar des SIRP vom 13. bis 16. Oktober: Deutschunterricht für ausländische Kinder und Jugendliche», *Luxemburger Wort,* 7. 10. 1981, 5.
24 J. K., «Unser Schulsystem und die billigen Arbeitskräfte der nächsten Generation», *Tageblatt,* 8. 12. 1982, 3; ADY, «Die Amicale du centre d'Intégration Scolaire ist definitiv konstituiert», *Tageblatt,* 30. 5. 1984, 9.
25 Mars Di Bartolomeo, «Eine Schule für das Leben», *Tageblatt,* 30. 5. 1984, 7; «Briefe an die Redaktion: Les enfants étrangers dans notre système scolaire», *Luxemburger Wort,* 18. 2. 1984, 14.
26 «Les enfants étrangers dans l'enseignement luxembourgeois», *Luxemburger Wort,* 7. 12. 1980, 3; J. B., «Anguille sous roche?», *Tageblatt,* 16. 10. 1981, 3.

27 C. D., «L'accroissement rapide du pourcentage d'élèves étrangers dans l'enseignement primaire», *Luxemburger Wort,* 21. 1. 1982, 17.
28 «Sollen Ausländerkinder zuerst die französische Sprache erlernen?», *Luxemburger Wort,* 10. 1. 1984, 11.
29 J. J., «28 Punkte im Deutschunterricht und durchgefallen!», *Luxemburger Wort,* 13. 4. 1983, 6; Hilda Rau-Scholtus, «Kinder besuchen heute moderne und pädagogisch konzipierte Schulen», *Luxemburger Wort,* 18. 4. 1981, 5; Jean-Pierre Kraemer, «Schulreform: die neue Weichenstellung», *Luxemburger Wort,* 14. 3. 1981, 31.
30 «Übersetzung von Schulprogrammen und zusätzliche Arbeit», *Luxemburger Wort,* 4. 1. 1983, 13.
31 Ernest Hansen, «Die Zweisprachigkeit (1)», *Tageblatt,* 16. 3. 1983, 4.
32 Ebd.
33 Ebd.
34 Lex Kaiser, «Die Gesamtschule ist tot oder: die Notwendigkeit einer Neuorientierung der bildungspolitischen Diskussion», *Tageblatt,* 18. 9. 1982, 7; Mars Di Bartolomeo, «Schlechtere Unterrichtsqualität», *Tageblatt,* 17. 2. 1983, 2; Guy Linster, «In die Zukunft aller Kinder investieren!», *Tageblatt,* 15. 7. 1983, 2.
35 Lex Kaiser, «Schule im Wandel? Wille und Mut zur Reform», *Tageblatt,* 9. 12. 1980, 5.
36 Hansen (wie Anm. 31), 1983, 4.
37 Ebd.
38 D. B., «Hun ons Kanner d'Flemm mat der Schoul duerch d'Sproochen?», *Tageblatt,* 27. 3. 1981, 4.
39 Ebd.
40 Jean-Pierre Kraemer, «Schulreform: Streit um die Differenzierung», *Luxemburger Wort,* 25. 7. 1981, 21; Fernand Boden, «Unterrichtswesen: Überstundenregelung, Personalfragen, Mitspracherecht, Ausländerkinder», *Luxemburger Wort,* 1. 3. 1984, 3.
41 Boden (wie Anm. 21), 18.
42 Horner (wie Anm. 5), 366.
43 Vgl. Weber (wie Anm. 12), 47.
44 Vgl. Péporté et al. (wie Anm. 7), 315.
45 Weber/Horner (wie Anm. 4), 12.

Résumé

«Hun ons Kanner d'Flemm mat der Schoul duerch d'Sproochen?» (Nos enfants auraient la flemme d'apprendre les langues de l'école?). Les débats sur le lien entre citoyenneté, langue et formation (Luxembourg, 1980–1984)

Cet essai s'appuie sur des articles de presse datant de la première moitié des années 1980 pour montrer les conséquences importantes, sur les programmes scolaires du pays, de deux faits liés entre eux qui ont marqué le Luxembourg: la hausse rapide du nombre des immigrés et l'introduction du luxembourgeois comme «nouvelle» langue nationale. Pour définir le lien capital entre la formation et la citoyenneté, l'article s'efforce de répondre aux deux questions suivantes: comment, entre 1980 et 1984, la politique des langues d'enseignement fut-elle mise en relation avec la structure de la société? Et de quelle manière le système de formation prit-il acte de l'évolution des besoins de la société de ce temps? L'auteur du présent article pose pour préalable à ses réflexions la remise en question de l'idée d'une conception cohérente et durable de la souveraineté pendant le laps de temps étudié, et il considère l'Etat du Luxembourg sous le rapport du plurilinguisme. La conclusion souligne l'échec du système de formation luxembourgeois à prendre en compte les nouvelles orientations de la société de ce temps.

(Traduction: Sandrine S. Picaud-Monnerat)